

Undurchsichtige Globalisierung der Gesetzgebung

An Volk und Parlament vorbei

Von Silvio Borner

In der politischen und medialen Diskussion des UNO-Migrationspaktes stehen nicht die inhaltlichen Punkte hervor, sondern die verfahrensbezogenen. Zum einen ist es ein Machtkampf zwischen Bundesrat und Parlament, wobei Letzteres völlig zu Recht versucht, aussenpolitisch relevante Weichenstellungen mitzuentcheiden oder zumindest mitzudiskutieren. Zum anderen geht es um das «Soft Law». Deals mit der Oecd, aber vor allem der UNO seien ja nicht verbindlich, wird uns immer und immer wieder gesagt. Massgeblich sei vielmehr die nationale Umsetzung, und die bleibe ja voll in unserer Kompetenz! Dabei wird eines übersehen, nämlich die ausserparlamentarische Verfilzung staatlicher Verwaltungen mit internationalen Organisationen.

Wenn solche Abkommen, Pakte oder sonstigen Deals beim Bundesrat traktandiert werden, ist längst alles diplomatisch nach aussen und bürokratisch nach innen festgezurrert worden. Dabei läuft die Absicherung nicht über die traditionellen Lobby-Organisationen oder gar die etablierten Parteien, sondern informell zum einen über NGOs mit viel Geld und noch mehr Ideologie, Hilfswerke, aber auch grosse Multis.

Andererseits aber über verwaltungsinterne und intransparente Absprachen zwischen den Chefs der Bundesämter, welche ihre Bundesräte entsprechend schon vor der Sitzung auf einen gemeinsamen Kurs lenken.

Die grossen Bundesämter für Gesundheit, Energie oder Umwelt suchen permanent nach neuen Mitteln

und Wegen, ihren planwirtschaftlichen Interventionismus voranzubringen und verbünden sich dafür mit supranationalen Funktionären einerseits und mit Vertretern von Advocacy Research andererseits.

Woher weiss ich das? Die Fakten zur Genehmigung und Umsetzung der AGENDA 2030 der UNO sagen alles. Wie beim Migrationspakt hat die Schweiz im Stillen und Verborgenen aktiv und massgeblich an der Ausarbeitung der Agenda 2030 auf UNO-Ebene mitgewirkt und als Vorbereitung

Die Schweiz ist eine Musterschülerin in der Umsetzung von EU-Vorschriften.

der politischen Absicherung im Inneren vor allem grüne NGOs, linke Gruppierungen und umweltfreundliche oder opportunistische Verbände einbezogen. Der Leiter dieses Öko-Klüngels war Till Berger, ein hoher BAFU-Funktionär und Autor des Romans mit dem viel-sagenden Titel «Breakdown – Welt am Abgrund».

Im offiziellen Länderbericht der Schweiz 2018 wird das dank der arroganten – oder naiven – Selbstüberschätzung der Verwaltung unfreiwillig zugegeben: «Als verlässliche Partnerin in der internationalen Staatengemeinschaft hat sich die Schweiz bereits bei der Schaffung der Agenda 2030 aktiv eingesetzt und übernimmt eine ebensolche Rolle bei der Umsetzung (...) Die Agenda 2030 ist ein wichtiger Orientierungsrahmen auch für die Schweiz (...). Seit der Verabschiedung

der Agenda 2030 konnten Partnerschaften aufgebaut, Kräfte mobilisiert und Initiativen gebündelt werden (...) Unsere Absicht ist es, die Strategie des Bundesrats möglichst umfassend auf die Agenda 2030 auszurichten.»

Der ungenierte Verweis auf «Partnerschaften», «Mobilisierung von Kräften» (sic!) und der «Bündelung von Initiativen» ist ein Geständnis für bürokratisch-interessenpolitischen Filz der schlimmsten Sorte, weil vom Bundesrat lanciert und am Parlament vorbeigeschmuggelt.

Sind das Aufgaben der Exekutive? Unterschriften haben diesen Bericht Doris Leuthard (CVP) und Ignazio Casis (FDP). Letzterer soll immerhin ein paar besonders demokratie- und marktfeindliche Passagen trotz Protesten seitens der grünen NGOs gestrichen haben. Auf Seite 5 lesen wir aber immer noch einen verräterischen Satz, der die eigenständige Umsetzung als Schutzbehauptung entlarvt: «Die Schweiz machte sich für einen strikten Überprüfungsmechanismus stark ...»

Die Schweiz ist nicht nur eine Musterschülerin in der Umsetzung von Oecd-Richtlinien oder gar der EU-Vorschriften, sondern auch gegenüber der UNO wie im Pariser-Abkommen oder der Agenda 2030.

Warum und wie soll das beim Migrations-Pakt anders werden? Fremde Richter sind wohl weniger demokratiefeindlich als fremde Gesetzgeber unter Kontrolle heimischer Bürokraten und NGOs. Die vielbeschworene Rechtssicherheit oder Wirtschaftsfreiheit leidet immer mehr unter der Globalisierung von Bürokratie-Interessen und -Exzessen, welche das Parlament und schliesslich auch das Volk aushebeln.

Freude
schenken

UND MIT 100% WIR BEZAHLEN

Weissgold & Diamanten
Nr. 558231
ab CHF

1140.-

100%
WIRAUF DAS GESAMTE
SORTIMENT

Rhomburg

AARAU	LYSS	ST. GALLEN
ARBON	LYSSACH	SURSEE
BAD RAGAZ	MARBACH	THUN
BASEL	MELS	VISP
BERN	RAPPERSWIL	WIL
BIEL	ROMANSHORN	WINTERTHUR
BRIG	SCHAFFHAUSEN	WÜRENLINGEN
CHUR	SEEWEN	ZUG
FRAUENFELD	SOLOTHURN	ZÜRICH
LUZERN	STANS	

www.rhomburg.ch

Einigung ohne die Schweiz

Grosse Teile der Staatengemeinschaft billigen den UNO-Migrationspakt

Marrakesch/Bern. Die internationale Staatengemeinschaft hat gestern in Marrakesch den UNO-Migrationspakt offiziell angenommen. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hatte sich zuvor erneut für den Migrationspakt stark gemacht. Zum Auftakt der zweiwöchigen Konferenz in Marrakesch streckte Guterres die Hand nach denjenigen Staaten aus, die den Pakt ablehnen, oder, wie die Schweiz, ihre Entscheidung aufgeschoben haben.

In den vergangenen Tagen hatten mehrere UNO-Vertreterinnen wie die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, oder die UNO-Sonderbeauftragte Louise Arbour die Schweiz, ohne sie direkt beim Namen zu nennen, für ihr Zögern kritisiert. So hatte Arbour am Sonntag gesagt, es sei bedauerlich, dass ein Land, das den Pakt während 18 Monaten mitausgehandelt habe, ihn nun nicht mehr direkt unterstütze.

Er könne nur hoffen, dass diese Länder «den Wert des Paktes» für ihre eigene Gesellschaft erkennen und sich den gemeinsamen Bestrebungen anschliessen würden, sagte Guterres gestern weiter. Er beklagte im Weiteren «falsche» Annahmen über den Migrationspakt.

«Falsche» Annahmen

So sei der Vertrag nicht bindend, sagte Guterres weiter. Der Pakt sei auch kein Freibrief, sich irgendwo nach Wahl niederzulassen, sondern er stärke die Souveränität der Staaten. Die stärksten Migrationsbewegungen fänden zwischen südlichen Ländern statt.

Von den 258 Millionen Migrantinnen und Migranten übersiedelten 80 Prozent bereits in «geordneter und sicherer» Manier, so Guterres. Allerdings seien in fast 20 Jahren 60 000 gestorben. Dies nannte Guterres eine «kollektive Schande». Der Migra-

tionspakt ziele darauf ab, die Zusammenarbeit zu verbessern. Dies dürfte laut dem UNO-Generalsekretär dazu führen, dass auch die Migrationspolitiken der verschiedenen Staaten eher «von Erfolg gekrönt» sein werden.

Der Migrationspakt war im Juli an der Generalversammlung der UNO noch von fast allen Staaten, auch von der Schweiz, gebilligt worden. Nur die USA standen bereits abseits.

Mittlerweile ist der Pakt in mehreren Ländern umstritten, darunter Ungarn, Polen, Österreich, Australien, Italien, Bulgarien, Israel, Tschechien und die Slowakei.

In der Schweiz steht der Bundesrat hinter dem Pakt. Er hat aber nach dem Eingang von mehreren parlamentarischen Vorstössen dazu entschieden, den Ausgang der Debatten im Parlament abzuwarten. Die Schweiz ist deshalb auch der Konferenz in Marrakesch ferngeblieben. SDA

Kampf der Regulierungsflut

Der Bundesrat will von mechanischen Bremsen auch in Zukunft nichts wissen

Bern. Der Bundesrat setzt auf Transparenz, um der Regulierungsflut Herr zu werden. Allzu mechanischen oder lediglich auf die Kostenfolgen fokussierten Regulierungsbremsen erteilt er in der Antwort auf ein Postulat aus dem Parlament eine Absage.

Den Bericht verabschiedete die Landesregierung am letzten Freitag, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern in einem Hintergrundgespräch erläuterte. Das Postulat stammte von Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR).

Erhöhte Transparenz

Eric Scheidegger, Chef der Direktion Wirtschaftsentwicklung im Seco, sagte vor den Medien, in den letzten zehn Jahren seien über hundert Vorschläge für Regulierungsbremsen im Parlament eingegangen. Das Postulat Caronis biete die Möglichkeit, die verschiedenen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Die Regulierungsbremse soll die entsprechende Tätigkeit und die damit

verbundenen Kosten eindämmen. Im Bericht legt der Bundesrat grundsätzlich drei Varianten dar: quantitative Eindämmung, strengere Regeln bei der Gesetzgebung sowie eine erhöhte Transparenz.

Mechanismen sind zu unflexibel

Eine viel diskutierte quantitative Eindämmungsmöglichkeit ist das Prinzip «one in, one out». Dabei entfällt eine vergleichbare Regulierung, wenn eine neue geschaffen wird. Eine solche rein mechanische Bremse sieht der Bundesrat aber als zu unflexibel an. Überhaupt wären mechanische Bremsen im schweizerischen Kontext zu kompliziert. «One in, one out» hatte auch der Ständerat abgelehnt. Auch dem Vorschlag, bei einer gewissen Kostenschwelle müsste eine qualifizierte Ratsmehrheit einer neuen Regulation zustimmen, kann der Bundesrat wenig abgewinnen. Die FDP hatte dies in einer Motion verlangt. Die Wirksamkeit dieser beiden mechanischen Regulierungs-

bremsen hänge zudem vom Willen der politischen Akteure ab, selbst wenn die Spielregeln streng wären.

Im Ausland sei unklar, inwieweit die Massnahmen zu einer Entlastung der Unternehmen führten. Gewisse von ihnen führten nicht zu einer Kostenreduktion, sondern zu einer Umlagerung auf andere Staatsebenen oder Akteure wie Konsumenten oder öffentliche Hand.

Kosten und Folgen ausleuchten

Für aussichtsreich hält die Regierung hingegen die Transparenz. Dabei sollen verbesserte Abschätzungen der Regulierungsfolgen bei neuen und der Neubewertung von geltenden Regulierungen erzielt werden.

Die erhöhte Transparenz kann auch das Bewusstsein für die Auswirkungen von Gesetzesvorschriften verstärken. Dies soll den Entscheidungsträgern ermöglichen, die Kosten neuer Regulierungen besser einzuschätzen und Reduktionspotenziale zu erkennen. SDA